

 <p>PERSONALRAT PANKOW der allgemeinbildenden Schulen</p>	<p>Telefonische Sprechzeit: Donnerstags 09.00 – 16.00 Uhr oder nach Vereinbarung</p> <p>Kontakt: Tino-Schwierzina-Str. 32, 13089 Berlin Raum 3.025 Tel.: 90249-1037/1038 Fax: 90249-1039 E-Mail: ute.klinkmueller@senbjf.berlin.de</p>
--	--

informiert: 1/2021 <https://pr-schulen-pankow.de> 12.01.2021

Schule im Lockdown

- Schulöffnung nur bei ausreichendem Gesundheitsschutz
- Rechtliche Rahmenbedingungen für schulische Gremiensitzungen per Videokonferenz und rechtssichere Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Personalrat wünscht Ihnen allen ein gesundes neues Jahr!

Schulöffnung nur bei ausreichendem Gesundheitsschutz

Auf die Erleichterung folgte erst der Schrecken und dann wieder Erleichterung. Am Dienstag, den 05.01., hieß es im Bund-Länder-Beschluss noch, dass im Bereich Kita und Schule „die von den Ländern ergriffenen Maßnahmen [...] bis Ende Januar verlängert werden“ müssen. Dies bestätigte Berlins Regierender Bürgermeister am Mittwoch, kurz bevor die Senatsbildungsverwaltung die abschlussrelevanten Jahrgänge bereits ab 11. Januar wieder in Präsenz sehen wollte. Es folgte der „Aufstand der Berliner Schulen“ (Tagesspiegel). Über 47.000 unterzeichneten in kurzer Zeit eine Petition. Auch Pankower Kollegien wandten sich mit Eilanträgen und Offenen Briefen an die Verantwortlichen. Selbst am Freitagabend war noch unklar, wie es weitergeht.

Liebe Sandra Scheeres,
habe ich am Montag Präsenzunterricht?
Bitte ankreuzen:
 ja
 nein
 vielleicht
 Dein ...

Ein ratloser Kollege in einem Lehrerchat am Freitagabend um 19:02 Uhr.

So schrieben zum Beispiel 30 Kolleg*innen der Hagenbeck-Schule (03K08) am 08.01.: „Die kurzfristigen Schulöffnungen stehen diesem Weg [der drastischen Kontakteinschränkungen] absolut entgegen und sind unverantwortlich gegenüber der Gesundheit aller am Schulleben beteiligten Personen.“ Die Kolleg*innen fordern eine Aufrechterhaltung des saLzH bis einschließlich 05.02.2021, flächendeckende Testungen der Schülerschaft und der Beschäftigten sowie eine ausreichende Anzahl an kostenlo-

sen FFP2-Masken. Außerdem wünschen sie sich „Mitbestimmung hinsichtlich der Lernangebote und Strukturierung während des Lockdowns im Sinne der jeweiligen Schulen“.

Personalratsmitglieder haben in den letzten Tagen viele Beschäftigte und Kollegien beraten. Wir freuen uns mit Ihnen, dass die Senatsverwaltung nachgegeben hat und zumindest für einige Wochen nun Planungssicherheit im Sinne der Beschäftigten hergestellt wurde.

In den vergangenen Monaten haben wir von der Behörde wiederholt, zum Beispiel durch zwei Initiativanträge, zusätzliche Maßnahmen zum Gesundheitsschutz eingefordert. Das grundlegende Problem – der fehlende Mindestabstand im Schulbetrieb – wurde jedoch nie behoben. Der Gesamtpersonalrat kritisierte diese mangelnde Fürsorge in einem Schreiben an die Senatorin am 07.01.: „Ihre Maßnahme für die Gesunderhaltung der Kolleg*innen vor Ort war es, 480.000 Masken an die Schulen für SchülerInnen, Lehrkräfte und ErzieherInnen zu verschicken, die nicht zertifiziert waren. Das war eine Ausstattung für 2 Tage.“

Erst die erneute Schulschließung mit dem Lockdown hat wieder Abstand geschaffen und damit erstmals seit Beginn der zweiten Welle der Pandemie unserem Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen. Die Behörde hat es damit selbst zu verantworten, dass ein Präsenzbetrieb unter den bestehenden Bedingungen (!) von einer breiten Mehrheit der Kollegien abgelehnt wird.

Nun muss die Behörde uns Antworten geben, wie der Gesundheitsschutz bei einer Wiederaufnahme des Präsenzbetriebs gewährleistet werden soll:

- Wird die Öffnung von Schulen im Wechselunterricht oder im Regelbetrieb endlich an nachvollziehbare Inzidenzwerte nach den Empfehlungen des RKI gekoppelt?
- Wird die Umsetzung der von den Kollegien umsichtig entwickelten Alternativszenarien vereinfacht?
- Wann werden regelmäßige Schnelltestungsangebote für alle Kolleg*innen und Schüler*innen bereitgestellt?
- Wann kommen die Luftreinigungsgeräte in ausreichender Zahl an den Schulen an?
- Wann werden FFP2-Masken zum täglichen Gebrauch (!) bereitgestellt? In Nordrhein-Westfalen sollen die Beschäftigten bei der Schulöffnung **täglich jeweils zwei** FFP2-Masken ausgehändigt bekommen.
- Was wird für den Gesundheitsschutz der Erzieher*innen und Lehrkräfte in der Notbetreuung getan?

Laut einer AOK-Studie (12/2020) waren „Berufe in der Betreuung und Erziehung von Kindern [...] von März bis Oktober 2020 am stärksten von Krankschreibungen im Zusammenhang mit Covid-19 betroffen“. Die Kolleg*innen haben nun Sorge, dass die Pandemie (wie schon in den Sommerferien 2020) in den Winterferien wieder kurzfristig für beendet erklärt wird. Zur Betreuung in den Winterferien gibt es bisher keine schriftliche Festlegung, sondern nur mündliche Aussagen. Wir erwarten, dass in den Winterferien weiterhin Notbetreuung organisiert wird. Eine Öffnung der Freizeitbereiche für die Regelbetreuung wäre unverantwortlich für die Gesundheit der eingesetzten Kolleg*innen.

Wenden Sie sich gerne an den Personalrat, um sich beraten zu lassen, wie Sie Ihre Mitbestimmungsrechte an der Schule nutzen können, um im schulinternen Rahmen Regelungen zu treffen, die zur Sicherheit beitragen.

Gremiensitzungen per Videokonferenz und rechtssichere IKT-Nutzung

Die Notenkonferenzen stehen an. Viele Kollegien sind bereits geübt darin, Konferenzen per Videokonferenz abzuhalten. Vielfach wird aber Unsicherheit über die Rechtskraft von Konferenzbeschlüssen, die digital zustande kommen, geäußert.

Der Gesetzgeber hat das Schulgesetz durch „Sonderregelungen auf Grund der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2“ ergänzt (§ 129a). Darin heißt es im Absatz 4: „Soweit es auf Grund der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 erforderlich ist, können Gremien in den Schuljahren 2019/2020 und 2020/2021 ihre Sitzungen als Videokonferenz durchführen.“ Gremienbeschlüsse können auch „in einem elektronischen Verfahren oder in einem schriftlichen Verfahren“ herbeigeführt werden.

Leider hat die Senatsbildungsverwaltung ihrerseits bisher keine ausreichende Rechtssicherheit bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) durch Schulen geschaffen. Denn jegliche Einführung von Hardware und Software im Berliner Landesdienst unterliegt dem Mitbestimmungsrecht des Personalrats und der Beteiligung von Frauenvertretung und Schwerbehindertenvertretung. Bisher wurden uns in Pankow jedoch kaum IKT-Einführungen von der Behörde vorgelegt.

Diese Mitbestimmung soll zum einen garantieren, dass die IKT von der Behörde u.a. auf Datenschutz und Barrierefreiheit geprüft wird. Wie nötig dies ist, zeigte die Umfrage des Personalrats zum Fernunterricht im Frühjahr 2020, in der 68% der 300 Teilnehmenden beim Thema Datenschutz eine „Unsicherheit beim Agieren auf Plattformen oder in Videokonferenzen“ beklagten.

Außerdem soll unsere Mitbestimmung garantieren, dass Regelungen an den einzelnen Schulen getroffen werden, die z.B. eine permanente Erreichbarkeit oder die Überwachung von Verhalten und Leistung der Beschäftigten verhindern. Auch dazu werden immer wieder Probleme an uns herangetragen.

In vielen Fällen nutzen Beschäftigte derzeit (freiwillig!) ihre privaten Endgeräte und nutzen (freiwillig!) Lernplattformen und Videokonferenztools, die zwar Kommunikation im Lockdown ermöglichen, aber den Beschäftigtenvertretungen in der Regel nicht zur Mitbestimmung vorgelegt wurden. Unter diesen Umständen muss mit der Nutzung von Videokonferenzen für schulische Gremien, für die der einzelne Beschäftigte zur Teilnahme verpflichtet (!) ist, tatsächlich sehr sensibel umgegangen werden. Wenden Sie sich gerne an den Personalrat, wenn Sie Bedenken oder Fragen dazu haben.

Seit Monaten bemühen wir uns zusammen mit der Schulaufsicht, eine Dienstvereinbarung zur Einführung und Nutzung von Software an den Pankower Schulen zu erstellen. Wir sind zuversichtlich, dass wir uns bald auf Regelungen einigen werden, die mehr Rechtssicherheit schaffen.

Für das erste bis zweite Quartal des Jahres 2021 wird uns die Auslieferung dienstlicher Endgeräte angekündigt und auch dienstliche E-Mail-Adressen sollen nun endlich eingerichtet werden. Dies wären weitere überfällige Schritte hin zu mehr Rechtssicherheit. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Mitbestimmung des Hauptpersonalrats dazu Ihre Interessen durchgesetzt werden.

Weitere Informationen, auch zur Nutzung von Videokonferenz-Software, haben wir auf unserer Website verlinkt: <https://pr-schulen-pankow.de/informationen/digitalisierung>

Bleiben Sie gesund!

Ute Klinkmüller

Vorsitzende